

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/102

Danksagung und Widmung

Auch die andere Seite soll gehört werden!

Römischer Rechtsgrundsatz

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Margaret Lavinia Anderson, Hugo Andreae, Oscar Anweiler, Christian Aschoff, Jörg Babrowski, Bruno Bandulet, André Barmettler, Reinhard Barth, Jonathan Bartlett, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Georg Bluhm, Karl Dietrich Bracher, Volker Brennecke, Alexander von Brünneck, Georg Bydlinski, Christopher Clark, Robert Conquest, Stéphane Courtois, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Hans Dollinger, Christa Dopatka, Willy Dreßen, Jost Dülffer, Hans Ebeling, Wolfgang Effenberger, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Johann Ernst, Susanne Everett, Frank Fabian, Christian Ferber, S. Fischer-Fabian, Jan von Flocken, Ivo Frenzel, Hans Frevert, Jörg Friedrich, Friedrich Georg, Horst Geyer, Hermann Glaser, Hermann Graml, Guido Grandt, Alfred Grosser, Hilke Günther-Arndt, Horst Heidtmann, Gerhard Hellwig, Rudolf Hemmerle, Frederik Hetmann, Hans Heumann, Werner Hilgemann, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Alwin M. Josephy jr., Thomas Jung, Eugen Kaiser, Wanda Kampmann, Alfred Keil, Hermann Kinder, Horst Koch, Jürgen Kocka, Ekkehard Kuhn, J. Kuhr, Bernd Längin, Rolf Lasius, Bruno Leder, Bernd Legath, Rüdiger Lenhoff, Gerhard Linne, Jochen Löser, Domenico Losurdo, Wilfried Loth, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Jim Macgregor, Golo Mann, Peter Marschalck, Peter März, Werner Maser, Karel Meissner, Wolfgang W. Mickel, Horst Möller, Martin Müller-Mertens, Heinz Nawratil, Ernst Niekisch, Herbert Obenhaus, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Martin Paul, Ron Paul, Wolfgang Petter, Daniell Pföhringer, Karl Ploetz, Walter Post, Martin Rang, Käthe Recheis, Hubert Recker, Philipp Reclam, Gerhard Reichling, Ludwig Reiners, Werner Ripper, Wilhelm Reißmann, Klaus-Jörg Ruhl, Friedrich Wilhelm Saal, Adelheid von Saldern, Michael Salewski, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Matthias Schickel, Otto Schliske, Heinz Dieter Schmid, Harald Scholtz, Thomas Schuler, Thorsten Schulte, Gerd Schultze-Rhonhof, Klaus Schwabe, Irwin Shapiro, Ulrich Skambraks, Harald Steffahn, Werner Stein, Gabor Steingart, Günther Stökl, Alfred Streim, Robert H. Tenbrock, Bernd-Jürgen Wendt, Nicolas Werth, Berthold Wiegand, Rosemarie Wildermuth, Rolf Winau, Robert Wistrich, Birgit Wulff und Christian Zentner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepaßt werden.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Der Geist der Wahrheit und der Geist der Freiheit - dies sind die Stützen der Gesellschaft.

Henrik Ibsen (1828-1906, norwegischer Dichter)

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.

Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Die Jahre 1870 bis 1933 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

Mai 1870: Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annimmt, reagiert der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Juli 1870: Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkt und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtet, verlangt der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagiert daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnt diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab. Anschließend läßt Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragt den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ab-

lehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche" vom 13.07.1870).

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautet nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

19.07.1870: Angesichts der öffentlichen preußischen Ablehnung fühlen sich die französische Regierung und Kaiser Napoleon III. angeblich dermaßen beleidigt und gedemütigt, daß der französische Botschafter dem preußischen König am 19. Juli 1870 die Kriegserklärung übergibt.

Am 19. Juli 1870 übergibt der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

August 1870 bis Januar 1871: Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 ziehen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral bleiben.

Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gehen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entscheiden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg (x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen werden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergeben sich (x215/335,336).

Der Krieg gegen Frankreich wird am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kommen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

18.01.1871: Am 18. Januar 1871 wird der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlusses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.

Wilhelm I. verkündet während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen,

nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. ...

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt am 27.

Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Das Deutsche Reich tritt im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelt es sich um keine Neugründung, sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" - wie auch später in den Jahren 1919 und 1949 - (x063/419).

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönt Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklicht Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten.

Das Deutsche Reich wird als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und ist mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigen auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und geben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besitzt mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellt den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertritt und den militärischen Oberbefehl besitzt. Das Deutsche Reich ist eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernennt und entläßt den Reichskanzler.

Für Europa bedeutet die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der bisherigen Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) der Spielball der europäischen Großmächte, entwickelt sich durch die Reichsgründung zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat.

Die Gründung des Deutschen Reiches wird von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten bleibt. Durch das "neue" Deutsche Reich wird Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhält erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagert sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und verändert die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewinnt überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa.

Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkt, entspricht damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelt und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versucht, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, verändert sich das freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend.

Februar bis Mai 1871: Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 muß Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen.

Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) soll Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen ziehen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische

Großmachtstellung verfügen, lehnt Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemüht sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck läßt z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhält keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erweist sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten halten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müssen, ständig wach.

1872: Aufgrund seiner geographischen Lage übernimmt das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa. Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden können, befürchtet Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland.

Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versucht Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigen sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbricht (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sichern damals den Frieden in Europa, denn sie verhindern in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

1879: Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wird, schließen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft bleibt und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantiert (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) fördert, wird damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlen sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzen schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik gerät die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasten (x054/161).

1886: Kriegsminister Georges Boulanger (1837-91, Selbstmord) propagiert 1886/87 den französischen Revanchekrieg gegen das Deutsche Reich und bekämpft die parlamentarische Republik Frankreichs (x142/344).

1887: Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbaren das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wird.

Ab 1887 zwingt Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen.

Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht kann die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsaufgaben fördern sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel"). Von 1887-1896 steigert die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/237). Nach dem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation entwickelt sich das Deutsche Reich zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

März 1888: Kaiser Wilhelm I. stirbt am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Friedrich III. (1831-1888) wird Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.

Juni 1888: Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungs-

zeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) stirbt, übernimmt Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron.

Danach sind die Tage des "eisernen Reichskanzlers" Bismarck gezählt, denn Kaiser Wilhelm II. ist zwar ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser ist damals noch ein unerfahrener und arroganter Herrscher.

1890: Der erfahrene Reichskanzler Otto von Bismarck erklärt am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wird Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.

Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen muß, nimmt man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf. Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schreibt später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß. Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ... Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ... Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<

Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 stirbt, wird sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Nach Bismarcks Rücktritt beginnt der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wird. Der junge deutsche Kaiser vernachlässigt später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschließen.

Der deutsche Kaiser lehnt es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. will die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich (die sog. "verspätete Nation") soll endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen ("Griff nach der Weltmacht").

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wird im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) neu gegründet. Die damalige Politik wird in erster Linie vom Adel, Industriellen und bürgerlichen Großgrundbesitzern dominiert. Der Einfluß der restlichen Parteien bleibt zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums werden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhält bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellt 35 Abgeordnete.

Obleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügt, sind die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gib es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen sind für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelt

in jener Zeit vorbildliche Gesetzeswerke und zählt damals zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze werden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

1893: Frankreich und Rußland schließen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis soll in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) bilden.

1898: Der Krieg gegen Spanien (ab April 1898) und die Annexion der Hawaii-Inseln (8 größere und 23 kleinere Inseln mit dem späteren Flotten- und Flugstützpunkt Pearl Harbor) im Juli 1898 leiten den US-Imperialismus in Übersee ein.

Mit dem Krieg gegen Spanien und der gewaltsamen Übernahme der Hawaii-Inseln beginnt im Jahre 1898 die sog. "US-Weltpolitik". In Mittel- und Südamerika beeinflusst Amerika anschließend außerdem große Gebiete durch riesige Kapitalinvestitionen ("US-Dollardiplomatie").

In Europa ist Nordamerika damals noch Schuldner bei den traditionellen Kapitalexporthändern (Frankreich, Großbritannien, Deutsches Reich).

1899: Eine englische Zeitschrift berichtet im Jahre 1899 über die Folgen der imperialistischen Politik (x056/301): >>Das Gewicht der Macht verlagert sich von Manchester und Birmingham (Zentren der Eisen- und Textilindustrie) zur Lombard Street (Bankenviertel in London). England konnte nicht die Werkstatt der Welt bleiben; es wird dafür schnell ihr Geldgeber, ihr Gläubiger, ihr Hauswirt. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das British Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer (des) Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.

Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die damalige nordamerikanische Wirtschaftskraft (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.

Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<

Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright (1890-1970) und Pitirim A. Sorokin (1889-1968) berichten später im Rahmen einer Überprüfung der Kriegsbeteiligung der wichtigsten Großmächte während des 19. Jahrhunderts, daß die vermeintlich "kriegslüsternden" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).

1901: Die deutsch-britischen Bündnisverhandlungen werden im Jahre 1901 ergebnislos abgebrochen (Beginn der Isolierung des Deutschen Reiches).

Von 1901 bis 1918 erhalten achtzehn Deutsche den Nobelpreis für Physik, Chemie und Medizin ("Blütezeit der deutschen Wissenschaft).

1904: England und Frankreich einigen sich über strittige Kolonialfragen (in Ägypten und in Marokko) sowie Fischereirechte und schließen ein Bündnis. England erkennt die französi-

schen Einflußgebiete in Marokko an, während Frankreich die englische Übernahme Ägyptens bestätigt.

Dieses britisch-französische Bündnis ändert das europäische Kräfteverhältnis zum Nachteil des Deutschen Reiches.

1905: Spätesten ab 1905 beginnt in Europa ein dramatisches Wettrüsten ("zu Lande und zu Wasser").

Nach der völlig unerwarteten Niederlage im russisch-japanischen Krieg 1904/05 ("Kleiner Krieg gegen den japanischen Zwerg") gerät das Zarenreich durch die erste russische Revolution (1905) erstmalig an den Rand des Zusammenbruches.

Als eine russische Arbeiterdelegation (etwa 150.000 Teilnehmer) am 22. Januar 1905 zum Petersburger Winterpalais des Zaren zieht, um eine Bittschrift zu überreichen, eröffnet die Palastwache das Feuer auf die große Menschenmenge.

Die Demonstranten wollen dem Zaren damals folgende Petition übergeben (x149/12): >>Wir, die Arbeiter der Stadt Sankt Petersburg, unser Frauen, Kinder und hilflosen alten Eltern, sind zu Dir, Herrscher, gekommen, um Gerechtigkeit und Schutz zu suchen. ...

Verweigere Deinem Volke die Hilfe nicht, führe es heraus aus dem Grab der Rechtlosigkeit, des Elends und der Unwissenheit, gib ihm die Möglichkeit, selbst sein Schicksal zu bestimmen, nimm von ihm das unerträgliche Joch der Beamten, reiße nieder die Scheidewand zwischen Dir und Deinem Volk. ...

(Im einzelnen lauteten die Forderungen: ... Gewährung von persönlichen Freiheitsrechten, Pressefreiheit, Steuersenkungen, Mindestarbeitslohn, Achtstundentag, Arbeiterschutzgesetzen und Volksbildung auf Staatskosten sowie Durchführung einer allgemeinen Bodenreform ...).<<

Der "Blutige Sonntag" von Sankt Petersburg fordert etwa 500-1.000 Todesopfer und viele Verletzte (x178/9). Die russische Revolution ("Blutiger Sonntag", Meuterei der Kriegsmarine und andere Aufstände) wird zwar überall niederschlagen, aber der Zar muß trotz alledem nachgeben und politische Zugeständnisse machen. Das russische Volk erhält z.B. das Wahlrecht und eine demokratische Volksvertretung (Duma, russisches Parlament von 1905-17).

Ungeachtet der politischen Zugeständnisse verfolgt die russische Geheimpolizei weiterhin alle politischen Gegner. Der Zar läßt Tausende von Revolutionären in Ketten legen und zur Zwangsarbeit nach Sibirien schicken. Trotzki, Stalin und andere Anführer der Aufstände werden damals jahrelang nach Sibirien verbannt (x054/168).

1907: Nach dem englisch-russischen Bündnis im Jahre 1907 sprechen viele Deutsche bereits von einer bewußten Einkreisung des Reiches.

1908: Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtet bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen will, annektiert Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina.

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow lehnt damals die österreichischen Kriegsabsichten ("Abrechnung mit Serbien") strikt ab. Nach deutscher Fürsprache kann der gefährliche Konflikt zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland schließlich friedlich beigelegt werden. Die überflüssigen Warnungen der deutschen Regierung werden von den empfindlichen Russen als große Demütigungen empfunden. Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina beginnen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).

Der Balkan bleibt weiterhin ein äußerst gefährlicher Konfliktherd, aber das Deutsche Reich hält trotz der bedrohlichen Lage starrsinnig an der bisherigen deutsch-österreichischen Bündnispolitik fest.

1912: Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schließen sich im

Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führt (1911/12), nutzt der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und greift das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken werden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und müssen Mazedonien räumen. Italien verhindert aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte werden im Februar 1912 erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse macht. England lehnt es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt wird (x059/19).

Großbritannien schließt am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtet sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

Das Deutsche Reich fühlt sich zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängert am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre.

1913: Das Deutsche Reich ist im Jahre 1913 weiterhin auf dem Weg zur Weltmacht. Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Der Gesamthandel Deutschlands (Ein- und Ausfuhr) belegt 1913 den zweiten Platz in der Welt nähert sich damals den Zahlen Großbritanniens (22,5 Milliarden gegen 27 Milliarden Mark).

Als sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen können, greift Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligen sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913).

Bulgarien wird bis August 1913 entscheidend besiegt und muß z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten. Während des 2. Balkankrieges können Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne erzielen, aber Serbien wird trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich verteidigt angesichts der Unterstützung durch das Deutsche Reich (Dreibund) entschlossen die Selbständigkeit Albanien (seit 1912/13 unabhängig) und fordert Serbien auf (Ultimatum vom 18.10.1913), die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzieht, ist die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrt Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.

Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.

Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.

Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich un-

tereinander zusammentaten. ...<<

21.02.1914: In Rußland bereitet man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellt am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führt (x063/478).

28.06.1914: Am 28. Juni 1914 fällt der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau werden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildet den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provoziert der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnet fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet würde.

Offiziell will zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnet man damals mit dem Kriegsausbruch. Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgehen, und niemand bereit ist, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuert Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

06.07.1914: Die deutsche Reichsregierung sichert Österreich-Ungarn am 6. Juli 1914 die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58). Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" werden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wird durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

23.07.1914: Österreich fordert am 23. Juli 1914 in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung.

Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, ist der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten kann sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

25.07.1914: Von Rußland unterstützt, lehnt Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und ordnet am 25. Juli 1914 die Mobilmachung an.

28.07.1914: Kaiser Wilhelm II. weist am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow (1863-1935, von 1913-1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt) an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärt Österreich-Ungarn, ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg. Jetzt ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit sind jetzt plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".

30.07.1914: Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ordnet Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gibt damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

31.07.1914: Kaiser Wilhelm II. erklärt am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und fordert Rußland ultimatив auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wird aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).

01.08.1914: Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortet, schickt Kaiser Wilhelm

II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).

Da der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhält, erfolgt um 17.00 Uhr die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wird die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg beginnt als deutsch-russischer Krieg.

Die französische Regierung beantwortet am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482).

Um 16.55 Uhr ordnet Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).

02.08.1914

Um den gefürchteten Zweifrontenkrieg zu verhindern, soll der Westkrieg so schnell wie möglich entschieden werden, deshalb muß das Deutsche Reich einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen. Belgien lehnt jedoch am 2. August 1914 die ultimative Forderung ab, den deutschen Truppendurchmarsch zu gestatten.

03.08.1914: Nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, erklärt man auch Frankreich den Krieg (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.

Als deutsche Truppen am 3. August 1914 in Belgien einmarschieren, bittet Belgien die unschlüssigen Briten um Hilfe. Aufgrund des Einmarsches in Belgien gelten die Deutschen später als Kriegsverursacher, obgleich Rußland und Frankreich die Mobilmachung nachweislich vor dem Deutschen Reich anordnen.

04.08.1914: Großbritannien erklärt dem Deutschen Reich am 4. August 1914 den Krieg, als deutsche Truppen trotz des Widerstandes der belgischen Regierung in Belgien einmarschieren.

Kaiser Wilhelm II. ruft "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärt feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<

03.09.1914: In Ostgalizien verbluten die oftmals nur mangelhaft ausgerüsteten österreichisch-ungarischen Truppen bereits während der ersten russischen Angriffsschlachten. Sie können die "russische Dampfwalze" nicht lange aufhalten, müssen am 3. September 1914 Lemberg aufgeben und den Rückzug antreten.

Die Kämpfe in Ostgalizien (August bis September 1914) fordern auf österreichisch-ungarischer Seite etwa 300.000 Tote und Verwundete (x065/356).

Nach dieser Katastrophe geraten die österreichisch-ungarischen Truppen ständig an allen Fronten in große Schwierigkeiten, die sie oftmals nur mit deutscher Waffenhilfe überstehen. Die österreichisch-ungarischen Truppen können während des Ersten Weltkrieges eigentlich nur die Kampffront gegen Italien mit eigenen Kräften halten.

10.09.1914: Während der großen Marne-Schlacht (5.-12.09.1914) verliert die deutsche Heeresleitung, die sich weit hinter der Kampffront befindet, völlig die Übersicht, so daß der von der deutschen Heeresleitung entsandte Oberstleutnant Richard Hentsch in der Nacht vom 10.

zum 11. September 1914 trotz deutscher Überlegenheit den Rückzug hinter die Aisne erteilt (x054/178).

Nach dem sogenannten "Wunder an der Marne" erstarren allmählich alle Fronten von Basel bis zur Nordsee. Durch den frühzeitigen Schützengraben- und Stellungskrieg scheitern letzten Endes alle deutschen Operationspläne. Der Krieg ist bereits zu diesem Zeitpunkt verloren (x099/37).

Oktober 1915: Die große Herbstschlacht in der Champagne endet für die Alliierten erfolglos. Von September bis Oktober 1915 fallen etwa 300.000 Soldaten der Alliierten (x054/181).

21.02.1916: Die deutschen Truppen führen massive Angriffe gegen die französische Festung Verdun durch, denn hier will man die französische Armee entscheidend besiegen. Trotz massiver Truppeneinsätze (50 Divisionen) scheitern jedoch alle deutschen Durchbruchversuche in der "Hölle von Verdun".

Im Verlauf der erbitterten, grauenvollen Materialschlachten erleiden beide Seiten schwerste Verluste. Während dieser strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun (vom 21.02.-16.12.1916) fallen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen (x041/63).

24.06.1916: An dem Fluß Somme beginnt, unter Führung der Briten, die 1. Großoffensive (24.06.-26.11.1916) der Ententemächte mit einem gewaltigen Trommelfeuer. Der Artilleriebeschuß gegen die deutschen Stellungen dauert 8 Tage und 8 Nächte.

Obwohl die Angreifer zahlenmäßig weit überlegen sind und über wesentlich mehr Kriegsmaterial verfügen, können die deutschen Truppen ihre Stellungen am nordfranzösischen Fluß Somme fast vollständig behaupten und jeden Durchbruchversuch verhindern. Die 1. große Materialschlacht an der Somme scheitert unter riesigen Verlusten. Für eine äußerst geringfügige Einbuchtung der deutschen Somme-Front (deutscher Rückzug = nur ca. 12 km), müssen mehr als 1,0 Millionen Soldaten (über 0,4 Millionen Deutsche, 0,4 Millionen Briten und 0,2 Millionen Franzosen) im wochenlangen Trommelfeuer, durch Gelbkreuz-Gaseinsatz (Senfgas bzw. Lost) und Panzerangriffe sterben (x041/62).

12.12.1916: Nach der Eroberung Rumäniens gibt die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Gleichzeitig bittet die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<

21.12.1916: US-Präsident Thomas W. Wilson fordert die kriegsführenden Staaten am 21. Dezember 1916 auf, ihre konkreten Friedensbedingungen zu nennen.

26.12.1916: Das Deutsche Reich verzichtet am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar sind.

30.12.1916: Die Entente lehnt am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt werden.

02.04.1917: Präsident Wilson erklärt am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr

ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...

Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstsüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<

06.04.1917: Die Vereinigten Staaten von Amerika treten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

Der Kriegseintritt Nordamerikas bringt endgültig die Wende des Krieges. Die US-Wirtschaftsmacht führt den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wird. Die großen US-Geleitzüge bringen jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhete Truppen nach Europa. Ununterbrochen treffen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Nordamerika greift in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft beliefert die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte soll angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

14.08.1918: Gemäß alter Habsburger Tradition versucht der österreichische Kaiser Karl I. noch rechtzeitig, das "sinkende Schiff" zu verlassen. Er bittet US-Präsident Wilson am 14. August 1918 um separate Friedensverhandlungen, aber alle österreichischen Versprechungen und Geheimverhandlungen sind letzten Endes vergeblich (x041/72).

17.10.1918: Als Ungarn nachträglich über die österreichischen Geheimverhandlungen vom 14. September 1918 informiert wird, kommt es am 17. Oktober 1918 zum endgültigen Bruch mit Österreich.

Ungarn proklamiert am 17. Oktober 1918 die Unabhängigkeit und am 16.11.1918 die Gründung der Republik Ungarn (x041/72).

03.11.1918: Matrosen der Kriegsmarine rufen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergreift.

Österreich und die Ententemächte schließen am 3. November 1918 einen Waffenstillstand (x041/77). Damit beendet Österreich den Ersten Weltkrieg genauso eigenmächtig wie es den Krieg eröffnet hatte.

07.11.1918: In Berlin verlangt die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

In München bricht am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wird, flieht der König von Bayern.

08.11.1918: Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wird später als "Novemberverschreiber" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelt vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.

Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnt während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

09.11.1918: In Berlin bricht eine Revolution aus. Am Morgen ruft der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhält das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt am 9. November 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und tritt danach ebenfalls zurück.

Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, emigriert 1933) verkündet am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und überträgt die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Die 2. Extraausgabe der SPD-Zeitung "Vorwärts" (Berliner Volksblatt) berichtet am 9. November 1918 (x256/38): >>Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte; bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.

Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.

Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.<<

10.11.1918: Kaiser Wilhelm II. flieht am 10. November 1918 nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten treten anschließend widerstandslos zurück.

Die Spartakisten rufen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf.

11.11.1918: Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichnen die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthält. Danach schweigen an den europäischen Fronten die Waffen.

Nach dem 11. November 1918 ist das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte sind ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade bleibt weiterhin in Kraft.

Der Waffenstillstand wird monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen können (x054/186).

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.

Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".

Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und

etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>... Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe.

...

Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging. ...<<

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreicht noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fallen rd. 8.551.000 Soldaten (davon sind rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 werden verwundet (davon sind 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung bleibt im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursacht unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhalten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungern (x049/15, x267/329).

05.01.1919: Am 5. Januar 1919 entschließen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1870-1919), die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angreifen, läßt Gustav Noske (1868-1946, SPD-Politiker, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps) Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

18.01.1919: Die Friedenskonferenz von Versailles wird am 18. Januar 1919 (exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches) eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt werden, nehmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando, 1860-1952) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schließt man von allen Verhandlungen aus.

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernimmt, setzt alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägt damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebt, erklärt später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

Frankreich, England und Nordamerika wollen zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigt man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.

Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschließen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen geht es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie will man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollen außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdecken eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.

19.01.1919: Am 19. Januar 1919 findet die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen dürfen, erhalten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

Januar 1919: Die Inflation, die bereits während des Ersten Weltkrieges beginnt, führt zur Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1919 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 52,08 % (x149/42).

11.02.1919: Die republikanischen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei) wählen Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagt damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschen.

28.04.1919: Die Satzung des Völkerbundes wird am 28. April 1919 durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wird damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

Der Völkerbund nimmt seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wird ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Nordamerika bleibt dem Völkerbund fern und schließt mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entläßt.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion werden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wird, kann sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Der Völkerbund ist damals nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

07.05.1919: Am 7. Mai 1919 übergibt Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x069/119): >>Die Stunde der Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns den Krieg aufgezwungen - wir werden dafür sorgen, daß kein zweiter Krieg mehr entstehen kann. ...<<

09.05.1919: Der SPD-Vorstand ruft am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu ver-

hindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" ist die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" soll offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wissen, daß eigentlich kein Staat den Ersten Weltkrieg bewußt bzw. vorsätzlich verschuldet hat, wird in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.

Der nordamerikanische Journalist Villard berichtet über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?

Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wieder aufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflog, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<

22.05.1919: Der britische Politiker Philip Snowden (1864-1937) schreibt am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...

Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.

Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<

26.05.1919: Nach Bekanntgabe der französisch-britischen Friedensbedingungen treten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.

US-Attaché William Bullitt (1891-1967), der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verläßt, schreibt am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.

Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...

Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenken.<<

30.05.1919: Jan Smuts (1870-1950, ehemaliger Buren-General, 1919-24 und 1939-48 südafrikanischer Ministerpräsident) schreibt am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/-197-198): >>... daß wir ihnen gegenüber (den Deutschen) unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht ab-

solut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<

16.06.1919: Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, fordern die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimatив die bedingungslose Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohen mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

22.06.1919: Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärt Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!

Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ...

(Ich rufe auf zum) Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...

Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<

>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...

Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

28.06.1919: Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichnen die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Angesichts der gnadenlosen Methoden der Siegermächte muß sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der Gewalt beugen. Der deutsche Staat muß in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtet später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Der Versailler Friedensvertrag trifft das Deutsche Reich äußerst schwer und belastet die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Aufgrund der im Versailler Vertrag festgelegten alleinigen Kriegsschuld Deutschlands wird der "Friedensvertrag" von allen deutschen Parteien als "Diktat- und Schandfrieden" abgelehnt. Der Vertrag von Versailles gilt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch. Die meisten Deutschen lehnen damals die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigert den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land ist außerdem fast schutzlos und soll unfaßbare Reparationen zahlen. Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten

Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verliert das Deutsche Reich insgesamt 13 % seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % der Bevölkerung (Stand: 1.12.1910) und muß riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.

12.07.1919: Am 12. Juli 1919 heben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungern mehr als 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

31.07.1919: Am 31. Juli 1919 beschließt die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten und die Zentrumspartei) nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

1919: Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verliert Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Nordamerika. Die meisten europäischen Länder verarmen durch den Ersten Weltkrieg. England und Frankreich sind ebenfalls hochverschuldet und kämpfen vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich Syrien und den Libanon erhält und England die wichtigsten Ölquellen (außer Saudi-Arabien: dort gehen die Nordamerikaner auf Ölsuche) im Nahen Osten ausbeuten darf.

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexporthänder (Deutsches Reich, Frankreich und England) sind, entwickeln sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger". Nach den "Friedensverträgen" treibt Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen muß.

Durch die konsequente Eintreibung der Kriegsschulden (nur Sowjet-Rußland lehnt alle Schuldentilgungen erfolgreich ab) übernehmen die Vereinigten Staaten von Amerika schon bald den größten Teil der Weltgold-Vorräte ("Bankier der Welt"). Das finanzielle Zentrum der Welt verlagert sich von London nach New York. Europa verliert danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickeln und bis 1937 (japanisch-chinesischer Krieg) strikt an der US-Isolationspolitik festhält.

In den Nachkriegsjahren steigt die industrielle Produktion in Nordamerika und Japan von 1913-29 um 100 %, während die europäischen Volkswirtschaften regelrecht gelähmt reagieren und nur noch 50 % der bisher produzierten Fertigwaren herstellen. Die US-Wirtschaft exportiert danach jahrelang riesige Warenmengen, ohne entsprechende Handelsgüter zu importieren. Von 1919-39 steigert Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (x057/202-203,210): >>England erzielte eine große Bereicherung seines Kolonialbesitzes in Afrika (Kap bis Kairo) und Ostasien (Verbindung mit Indien). Aber überall in seinen Kolonien regten sich Selbständigkeitsbestrebungen. Anstelle des deutschen Wettbewerbs in Industrie und Handel waren die bedeutend mächtigeren Vereinigten Staaten getreten, die durch ihre Anleihepolitik zum Gläubigerstaat ganz Europas geworden waren und den Schwerpunkt der Hochfinanz von London nach New York gezogen hatten.

Frankreich hatte gehofft, in Versailles seine alten Ziele gegen Deutschland durchzusetzen: das ganze Rheinland, das Saargebiet und womöglich die Auflösung Deutschlands. Aber der Versailler Vertrag erfüllte seine Wünsche nicht, infolge des Widerspruchs seiner Verbündeten. Doch erreichte es durch den Erwerb Elsaß-Lothringens und durch Vergrößerung seines Kolonialreiches einen großen Gebietszuwachs. Gestützt auf die deutsche Ohnmacht und ein enges Bündnis mit den Randstaaten im Osten Deutschlands (Polen, Kleine Entente), gewann Frankreich eine europäische Machtstellung. Diese war aber durch das britische und amerikanische Weltreich bedroht, und deshalb suchte Frankreich seine politische Macht besonders Deutschland gegenüber zu verankern. ...<<

>>... Die USA erlebten nach dem großen Krieg zunächst einen ungeheuren Aufschwung der Technik und Wirtschaft, von dem Bestreben geleitet, Absatzgebiete für die gewaltige Produktion zu finden. Tatsächlich wurde ein großer Teil der Weltproduktion von den Vereinigten Staaten gedeckt (Öl, Eisen, Stahl, Kohlen, Maschinen). Überall war man zu einer rationellen Serienproduktion übergegangen (Kraftfahrzeuge, Film, Radio, die in fast allen Teilen der Welt Nachahmung fand (Amerikanisierung der Wirtschaft und Technik). ...<<

11.01.1923: Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen liefert (Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschieren am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später halten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagiert vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich bricht danach ein Sturm der Entrüstung los.

26.09.1923: Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen bricht die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnen diese Entscheidung ab.

September 1923: Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursacht, bricht im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkt die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellen pausenlos neue Banknoten her und die Preise klettern auf astronomische Höhen. Die Inflation führt schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

09.11.1923: Hitler, General Ludendorff und rund 3.000 Anhänger marschieren am 9. November 1923 zur Münchener Feldherrnhalle.

Die bayerische Polizei beendet den "Hitler-Putsch" gewaltsam. Bei den kurzen, heftigen Feuergefechten sterben 16 Putschisten und 3 Polizisten. Hitler flüchtet und wird erst 2 Tage später im Kleiderschrank eines Freundes (Ernst Hanfstaengl) verhaftet.

Die NSDAP (57.000 Mitglieder) wird danach auch in Bayern verboten.

November 1923: Die Preise erreichen im November 1923 unfaßbare Summen und steigen immer rasanter (1 Brot kostet z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).

Im November 1923 kostet 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).

Die Einführung der Rentenmark (November 1923) macht der Inflation zwar ein Ende, beendet aber nicht die Armut. Während der Inflation wird das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten werden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verlieren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßt große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entläßt damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtet später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...

Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Die Inflation zertrümmert innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiten. Die Massenverelendung fördert naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschen überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellen sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin müssen bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

21.01.1924: Lenin stirbt am 21. Januar 1924 an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.

Stalin kann sich nach Lenins Tod erfolgreich behaupten und übernimmt völlig überraschend die Führung der KPdSU. In den folgenden erbarmungslosen Machtkämpfen beseitigt der verschlagene Georgier allmählich sämtliche Gegner.

29.08.1924: Der Reichsrat nimmt gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen.

Das Deutsche Reich soll bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhält das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.

Der Dawes-Plan sieht vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren sind. Mit Hilfe des Dawes-Planes sollen die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Das Deutsche Reich muß die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wird außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

28.02.1925: Friedrich Ebert (1871-1925, 1. deutscher Reichspräsident der Nachkriegszeit, ein pflichtbewußter sozialdemokratischer Politiker) stirbt am 28. Februar 1925 überraschend an den Folgen einer nicht rechtzeitig behandelten Blinddarmentzündung.

Mit Friedrich Ebert (ein "einfacher Sattlergeselle", der wegen seiner Herkunft oftmals verspottet wurde) verliert das Reich einen gütigen, maßvollen Staatsmann und treuen Hüter der Verfassung.

11.03.1925: Nach der NSDAP-Neugründung (rd. 27.000 Mitglieder) hält sich Hitler bewußt zurück. Er schickt Gregor Strasser am 11. März 1925 nach Norddeutschland, um dort eine NSDAP-Parteiorganisation zu errichten.

26.04.1925: Der bereits 78jährige, parteilose Generalfeldmarschall a.D., Paul von Hindenburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) wird am 26. April 1925 Nachfolger Friedrich Eberts.

20.05.1928: 17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ist die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreicht die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhält nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien lassen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führen weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen und Parteitage durch.

1928: Im Deutschen Reich geht es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientieren sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und werden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegt nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz

(1914 = 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität erobert besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemierzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.

Trotz alledem erhöht sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite sind schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen sind die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügt das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen. Der Arbeitsfrieden ist gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgen und unterstützen Millionen von Kriegsoptionen sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat fördert den Wohnungsbau (in 10 Jahren werden rund 3,0 Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen gelten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelt sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film, Rundfunk) und wird zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

31.08.1929: Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kommt es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach soll die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

25.10.1929: Am 25. Oktober 1929 leitet der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verlieren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).

Am folgenden Tag müssen viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig sind. Danach beginnt die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

Die Weltwirtschaftskrise verursacht ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder greift die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus. Für die Deutschen gibt es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise reißt natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirken sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen werden urplötzlich zerstört.

27.03.1930: Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig ist, weigern sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).

Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) tritt daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigt nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.

Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgen nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regieren. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächen die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichtern letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).

10.04.1932: Der 84jährige Reichspräsident Hindenburg wird am 10. April 1932 mit 19,3 Millionen Stimmen (überwiegend von "Sozis und Katholen") wiedergewählt. Der alte Mann schlägt Hitler (13,4 Millionen) und Thälmann (3,7 Millionen Stimmen) eindeutig (x034/588).

09.07.1932: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Während dieser Reparationskonferenz wird der berühmte Kriegsschuldparagraph jedoch nicht gestrichen.

Der Forderungserlaß der Siegermächte ist keine deutschfreundliche Geste, denn es handelt sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkennen die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen wird.

17.07.1932: Am 17. Juli 1932 ereignen sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kommen 18 Menschen zu Tode und 68 werden verletzt (x034/603).

20.07.1932: Reichskanzler Franz von Papen führt am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen läßt.

Reichskanzler Franz von Papen begründet die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert werden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) werden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.

Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängt Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernimmt als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.

Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, ruft die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit werden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichtert der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versucht Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.

31.07.1932: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD erringt 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnt den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nennt, jedoch weiterhin entschieden ab.

23.01.1933: Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebt, kann die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigert.

24.01.1933: Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) fordert seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen.

Schleicher lehnt jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen will. Er weigert sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen ist.

26.01.1933: Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmlost am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers

(x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

27.01.1933: Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnt Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler. Der Reichspräsident beruhigt damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

28.01.1933: Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheitern, tritt Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück. Der "letzte Reichskanzler" Kurt von Schleicher wird später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.

Joseph Goebbels berichtet am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

29.01.1933: Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kennt, macht er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wird der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärt damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

30.01.1933: Trotz aller Warnungen ernennt der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Für Hindenburg ist Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" ist fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen kann.

Der greise Volksheld Hindenburg leitet mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verliert das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

27.02.1933: Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzt am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.

Hitler nutzt den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag werden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

05.03.1933: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschen (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählt die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

23.03.1933: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") vor.

gesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen kann, läßt Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), läßt Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Am 23. März 1933 wird das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gibt es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begehen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen halten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wird die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verliert endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" ist danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhält von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schreibt später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

28.03.1933: Hitler ruft am 28. März 1933 alle NS-Parteiorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...

(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<

31.03.1933: Das erste "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (1. Gleichschaltungsgesetz) wird am 31. März 1933 erlassen. Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane sind danach aufzulösen und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 neu aufzustellen.

März 1933: Der NS-Staat verfügt im März 1933 bereits über zahlreiche "Schutzhaftlager" (spätere Konzentrationslager), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten müssen.

Von 1933-39 inhaftiert die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). In den Gestapo-Archiven lagern später etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

01.04.1933: Am 1. April 1933 findet bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdische Bevölkerung (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden beginnt.

NSDAP- und SA-Angehörige organisieren den Boykott jüdischer Geschäfte. Vor jüdischen

Geschäften und Warenhäusern hetzen damals SA-Männer gegen die Juden ("Deutsche wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!" - "Hier kaufen sie bei einem Juden!").

07.04.1933: Am 7. April 1933 werden das zweite Gleichschaltungsgesetz und ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen.

In allen Ländern sind danach "Reichsstatthalter" für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig sind, können sofort entlassen werden.

26.04.1933: In Berlin wird am 26. April 1933 das Geheime Staatspolizeiamt ("Gestapa bzw. Gestapo") gegründet.

Juni 1933: Bis Ende Juni 1933 läßt Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).

14.10.1933: Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wird und das Deutsche Reich weitere 4 Jahre warten soll, gibt Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Hitler fordert damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen werden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und sind fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich ist seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hat keine Verbündeten.

15.10.1933: Die "New York Times" berichtet am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<